

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 9

Artikel: Statt politischer Resignation und oppositioneller Ohn-Machts-Rituale : Marktgebiete erobern und befreien
Autor: Studer, Heinzpeter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340633>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Marktgebiete erobern und befreien

Ein Vorschlag von Heinzpeter Studer

Der politische Kampf um die Macht seitens oppositioneller Kräfte¹ erschöpft sich seit Jahrzehnten im Erringen ernüchternder und letztlich einflussloser Wahlergebnisse – bisschen rauf, bisschen runter, spannend bis an den Hubach hinunter... Die Geschichte wird von uns immer nur hinter dem Komma korrigiert.

Um so wohlfeiler ist in unseren Schmollwinkeln das Herziehen über die feisten Geldsäcke, die eben mit ihrer handfesten Macht stets dafür zu sorgen wüssten, dass alles hübsch beim alten bliebe. Ja: immer sagt «die Wirtschaft», wo's lang geht, und dabei wär das doch die Aufgabe «der Politik», oder?!

Angst vor erfolgreichem Eingreifen

Keine Weinerlichkeit, bitte – hingegen Eigenschelte: Wo sind denn all die unermüdlichen Wahl-Mitkämpfer, wenn's einmal Gelegenheit gibt zu weniger perspektivlosem Eingreifen ins Wirtschaften, also genau dort, wo ja doch entschieden wird? Nirgends sind sie mehr zu blicken. Und es

sieht fast so aus, als hätten sie grässliche Angst davor, mit etwas anderem Vorgehen auf etwas verändertem Terrain unversehens Erfolg zu bekommen. Da liefen wir ja gar Gefahr, vom lieb gewordenen Klagen plötzlich Abschied nehmen zu müssen...

Mir gibt beispielsweise folgende Erfahrung zu denken: Linke, Grüne und andere Oppositionelle, die sich mit geradezu wahnwitzigem Eifer und Aufwand um ein paar parlamentarische Prozentchen der eh nicht entscheidenden Staatsgewalt bewerben, halten den periodischen Versuch des M-Frühlings zur genossenschaftlichen Einflussnahme auf die Migros für glattweg hirnrissig; sie mögen sich's nicht mal näher überlegen. In Gefilden staatlicher Macht rennt man zwar sämtlichen Misserfolgen zum Trotz der Schimäre hinterher, dass man eigentlich bloss die Mehrheit der Stimmen zu erringen brauchte, und schon liesse sich alles, alles zum Gu-

ten. Aber im wirtschaftlichen Bereich wird nicht ein Gedanke darauf verwendet, was es bedeuten könnte, einen im Alltag jeder zweiten Familie verankerten Giganten wie die Migros zu übernehmen oder wenigstens in kritischen Bereichen zu einer andern Politik zu zwingen. Der «takeover» ist etwas für Rey, Tettamanti und andere verschrieene und insgeheim wohl gar bewunderte Haie – aber doch nichts für uns!

Millionen verschenkt für schale Träume

Gewiss: Die pseudo-genossenschaftliche Struktur der Migros ist nicht so beschaffen, dass sich eine oppositionelle Genossenschaftsgruppierung den Elf-Milliarden-Konzern einfach so bei Wahlen unter den Nagel reissen könnte. Dank Migros-Majorzwahl-Statut ist selbst der sensationelle Erfolg des M-Frühlings in den Migros-Wahlen 1980 (landesweit

Der Autor und sein Vorschlag

Heinzpeter Studer (41) ist freier Publizist und hat für verschiedene Drittwelt-, Umwelt- und Tierschutzorganisationen gearbeitet. Er war Mitbegründer des Fördervereins für Umweltschutzpapier (FUPS) und ist Geschäftsleiter der Konsumenten-Arbeitsgruppe für tier- und umweltfreundliche Nutztierhaltung (KAG) sowie Präsident des M-Frühlings.

Vom 10. bis 17. September leitet er in Feldis GR ein Seminar über die Eroberung und Befreiung von Marktgebieten. Anhand praktischer Beispiele werden Chancen, Grenzen und Probleme von «takeover»- und von «Verdrängungs»-Strategien erkundet. Ziel des Seminars ist es, über dessen einwöchige Dauer hinaus selber in einem konkreten Fall in die Wirtschaft einzugreifen.

Interessenten/-innen erbitten Unterlagen bei: Heinzpeter Studer, Engalgasse 12a, 9000 St. Gallen, 071/23 23 03.

¹ Als oppositionelle Kräfte werden hier alle Gruppierungen angesprochen, deren erklärtes Ziel es ist, mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität, mehr Transparenz und Offenheit herzustellen: Parteien von Mitte links bis ganz aussen, Gewerkschaften, Kollektive, Schutzbünde, Ein-Themen-Bewegungen, Ad-hoc-Komitees, Einzelkämpfer/-innen usw., kurz: ein breites, potentiell «Bündnis» von mehreren hunderttausend Menschen in diesem Land – was als «kritische Masse» zur Inangsetzung von Veränderungen genügt.

Beispiel KAG

Die Konsumenten-Arbeitsgruppe für tier- und umweltfreundliche Nutztierhaltung (KAG), 1972 als gemeinnütziger Selbsthilfverein gegründet, zählt heute über 5000 Mitglieder, darunter rund 1000 Freiland-Hühnerhalter und (rasch zunehmend) etwa 100 Weidefleischproduzenten. Ein Sekretariat mit 10 Mitarbeitern (6½ Stellen) berät und kontrolliert die Produzenten und vernetzt sie mit den Konsumenten, deren Zahl es durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit stetig steigert. Die in neuerer Zeit starke Expansion bezieht auch das Ausland und neue Produkte mit ein.

Die KAG, die selber weder produziert noch Handel treibt, schützt den von ihr aufgebauten Markt mit dem «freiland»-Markenzeichen. Es wird in Lizenz allen Produzenten verliehen, die sich vertraglich an die KAG-Mindestnorm binden. Kurz gesagt: täglich Weide/Auslauf; eingestreute Liegeflächen im Stall; Futter ohne pharmazeutische Zusätze; Vermarktung auf dem direktest möglichen Weg (keine Grossverteiler!); lückenlose und nachvollziehbare Herkunftsdeklaration. Mit verschiedenen Kontrollen schützt die KAG ihr Markenzeichen vor Missbrauch.

Nebenbei mischt sich die KAG in ihrem Tätigkeitsbereich auch in politische Verfahren und ins Verhalten von «Konkurrenten» ein. Das gesetzte Beispiel soll ja nicht bloss wachsen zum eignen Ruhm, sondern im besten Fall allgemein verbindlich werden.

auf Anhieb 20 Prozent der Stimmen) ganz folgenlos geblieben. Und doch: Würden alle oppositionell denkenden Menschen sich periodisch und für jeweils nur kurze Zeit gemeinsam auf diese Auseinandersetzung konzentrieren, geriefe die Migros-Chefetage eins übers andre Mal arg in Bedrängnis. Es sind etwa mit Hilfe eingängig formulierter Genossenschaftsinitiativen Eingriffe ins M-Sortiment denkbar, die zu besseren Bedingungen für Produzenten, für die Gesundheit der Konsumenten, für Tier, Umwelt usw. führen. Aber die Opposition schläft und bleibt in ihren Träumen auf alten Gleisen. Ein Beispiel: die M-Frühlings-Idee für ein Migros-Energie-Prozent, mit dem – analog dem Kulturprozent – Jahr für Jahr über 30 Millionen Franken für Spar- und Alternativprojekte im Energiebereich zur Verfügung gestellt werden müssten. Die

lieben AKW-Gegner und Umweltschützer und Alternativenergie-Freaks waren zur gemeinsamen Lancierung einer Migros-internen Initiative in diesem Sinn eingeladen. Sie haben die Idee nicht aufgegriffen; schlimmer noch: sie haben sie offenbar nicht einmal verstanden, nicht verstehen wollen.

Man verschenkt lieber 30 Millionen Franken im Jahr, und man schenkt sich lieber die Anstrengung zur Phantasie darüber, was endlich alles in Bewegung käme in diesem engen Land, wenn wir über eine Migros gebieten könnten – und hängt dafür dem schalen Traum nach von der Eroberung parlamentarischer Mehrheiten, als ob's hier noch was zu träumen gäb'.

Wirtschaft: ein Dreckgeschäft...

Wir kennen das ewige Argument politisch nicht mobilisier-

barer Mitmenschen: Sie hielten sich da raus, weil Politik doch nur ein Dreckgeschäft sei. Wir argumentieren dagegen an oder machen uns drüber lustig, immer mit dem Motto: Wer nicht politisiert, mit dem wird...

Aber wer von uns derart Hochpolitisierten wendet sich denn nicht im Ekel ab vor Wirtschaftlichem, weil das dann ja wirklich ein Dreckgeschäft sei? Ein Beispiel: Wenn Bürgerliche monieren, dass wir uns einen Umweltschutz mit all seinen Kosten nur leisten könnten bei blühender Wirtschaft, erschallt auf den Bänken der Opposition Gelächter und Gezeiter. Und zwar nicht deswegen, weil das Argument falsch wäre (es ist!), sondern schlicht, weil eben die Wirtschaft das Böse an sich ist. So böse, dass sie manchen als das genaue Gegenteil von Umwelt erscheint. Dabei steckt doch eigentlich ein wahrer Kern im verlognen Argument. Wir brauchen bloss danach zu fragen, was denn eine Wirtschaft zum Blühen bringt – die Wirtschaft, wohlverstanden, und nicht die privaten Gewinne, an die jene Bürgerlichen für sich denken. Aha, so eine Wirtschaft meint der?! Ja, klar, nach der Revolution, wenn dann alles allen gehört, dann wird das mit dem Blühen der Wirtschaft schon sein Gutes haben...

Unreif für die Insel der Selbstverwaltung

Es gibt eine Menge von Leuten, die keinerlei Lust verspüren, mit ihren unerfüllten Wünschen irgendeine Revolution abzuwarten. Die Entschlossensten unter ihnen haben sich vor bald zwei Jahrzehnten aufgemacht, ihr Produzieren selbstverwaltet in die eignen Hände zu nehmen. «Inseln der Zukunft» hiess Anfang der achtziger Jahre der selbstbewusste

Titel eines programmatischen Buchs über und für diese Bewegung zur Selbstverwaltung. Heute, wenige Jahre später, sind wir, denke ich, von dieser Zukunft weiter entfernt als zuvor. Trotz grosser Debatte der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts um ein Programm, in dessen Zentrum die Selbstverwaltung hätte stehen sollen – und die nach kurzer Dauer versandete. Was nicht der SP allein anzulasten ist; sie sass halt einer Bewegung auf, die selber noch lang nicht bei der Reife ihres verbalen Anliegens angelangt ist.

Die Selbstverwaltungsidee wurde wohl nicht von ungefähr in einer Zeit wiedergeboren, in der Befreiungsbewegungen aller Kontinente rasch an Beachtung bei der hiesigen Opposition gewannen. Das Erringen der ganzen Freiheit war damals ein Leitthema. Anders aber als die Befreiungsbewegungen, die Freiheit notgedrungen immer nur kollektiv erkämpfen können, haben wir uns hierzulande womöglich auf unsere privaten Inselchen zurückgezogen, auf die Eilande der Verheissung persönlich verwalteter Zukunft, die wir oft gar nicht haben erobern, nicht haben den herrschenden Umständen abtrotzen müssen. Zahlreiche Inselchen sind halt einfach grad noch übrig gewesen, und man hat sie als Nischen mit den eigenen privaten Früsten, Wünschen und Unzulänglichkeiten nett alternativ bevölkert, mit Krämpfen, gewiss, aber kampflös zumeist. Das erklärt den unreifen, oft desolaten und bigotten Bewusstseinsstand der Selbstverwaltungsbewegung, der einen immer so peinlich berührt und den man doch nicht zu kritisieren wagt, weil es doch eigentlich so wahnsinnig gut gemeint ist. Und am Ende wird sich die Opposition gar einmal dafür einspannen las-

Beispiel M-Frühling

Der Verein M-Frühling für eine demokratische, umweltfreundliche und entwicklungspolitisch verantwortliche Migros, 1979 gegründet, gewann 1980 bei den Erneuerungswahlen der Migros-Genossenschaftsorgane die Stimmen von 80 000 Genossenschaftlern/-innen (20 Prozent der Stimmenden); insgesamt zählt die Migros heute 1,3 Mio. Gratismitglieder. Ausgezahlt hat sich dieser Erfolg allerdings nicht: das Majorzwahlrecht verhinderte einen Einzug von M-Frühlings-Delegierten. Im Hinblick auf mögliche Wahlkämpfe 1984 hat die Migros-Chef- etage darüber hinaus die ohnehin schon wenig demokratischen statutarischen Hürden für oppositionelle Wahlvorschläge noch verschärft; das dagegen angerufene Gericht hat dem M-Frühling moralisch zwar völlig recht gegeben, doch materiell bleibt die Genossenschaftsdemokratie in der Migros vorläufig ganz papieren.

Versuche, den relativen Erfolg von 1980 mit Migros-internen Genossenschaftlerinitiativen (zum Beispiel Abschaffung von Tierfabriken) oder mit regionalen Wahlkämpfen zu wiederholen, sind bisher misslungen. Dem grossartigen Elan von 1980 folgte Resignation. Entsprechend «ruhig» ist es für Aussenstehende um den M-Frühling geworden. Der Verein versucht nun, unter seinen 16 000 Mitgliedern und in weiteren Kreisen das Wahrnehmen von – zugegeben nicht einfachen, aber in ihrer potentiellen Bedeutung faszinierenden – Einflussmöglichkeiten zu fördern.

sen, vom Staat die Schaffung weiterer Leer-Inselchen zu solch gutgemeintem Tun zu fordern, und wir werden dann alle hübsch Ruhe geben...

Archipel der Autonomie

Bei all dem ist die Selbstverwaltung der Produzierenden ja eine starke Idee mit einer wichtigen Tradition: Unter dem für Ohren von heute etwas martialischen Namen «Anarchosyndikalismus» war in der zweiten Hälfte des letzten und in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in verschiedenen Ländern eine libertäre Form gesellschaftlicher Selbstorganisation massenhaft erprobt worden, die heute zu unrecht, nämlich meist aus Unwissen, als skurrile Episode belächelt wird.

Absicht und Praxis des Anarchosyndikalismus waren es, auf der Grundlage der freien Vereinigung der Produzierenden den Kampf um die gemein-

same Befreiung von herrschaftlichen Verhältnissen in immer weitere gesellschaftliche Bereiche zu tragen. Die solchermaßen befreiten Gebiete erreichten beispielsweise in Argentinien oder in Spanien für die Dauer etlicher Jahre ein für unser heutiges Verständnis erstaunliches Ausmass. Es waren da Inseln, ja: Archipele einer Autonomie freigekämpft worden, von denen die Selbstverwaltungsbewegung heute bestenfalls träumt.

Nachfrageorientierter Befreiungskampf

Es liegt mir fern, den Anarchosyndikalismus wiederbeleben zu wollen. Er war – zumindest aus der Sicht der heutigen Verhältnisse – vergleichsweise allzu «angebotsorientiert», ging wie heute die Selbstverwaltungsbewegung zu stark nur von den Bedürfnissen der Produzierenden aus – worunter

notabene im Kielwasser klassischer gewerkschaftlicher Organisation vorwiegend die (männlichen) vollbeschäftigten Lohnarbeiter verstanden wurden und werden, die doch in der Dritten Welt seit jeher und in den Industrieländern in zunehmender Tendenz bloss die Ausnahme aller Arbeitssituationen bilden.

Ich plädiere hingegen dafür, die potentielle Macht der Konsumierenden zu wecken, zu organisieren, stärker ins Kalkül gesellschaftlicher Befreiung einzubeziehen. Ich rede natürlich nicht einer Nachfrage-Ideologisierung das Wort, mit der beispielsweise eine Migros jeden Unsinn in ihrem Sortiment damit legitimiert, «weil die Kunden es verlangen». Ich meine auch nicht eine Verstärkung jener traditionellen Konsumentenpolitik, die zuvorderst auf eine Beförderung der persönlichen Karriere ihrer gewählten Vertreter/-innen abzielt statt auf die Bildung kollektiv wahrgenommener Macht der Nachfragenden selbst.

Ich rede also davon, dass wir als Konsumierende unsere eigenen, speziellen Bedürfnisse autonom formulieren lernen und gemeinsam mit verbündeten, speziell Produzierenden auf einem freigekämpften Gebiet des Markts verwirklichen. Die «freie Marktwirtschaft» mag uns ja alles Un-Mögliche beschert haben; zur gesellschaftlichen Befreiung beitragen wird wohl erst eine «spezielle Marktwirtschaft».

Rascher zu Teilzielen kommen

Selbstverständlich habe ich nicht die Absicht, anstelle von Aktionen der uns geläufigen politischen Arten nun einzig und allein noch auf Aktionen in wirtschaftlichen Bereichen zu setzen. Ich schlage vielmehr vor, «politische» und «wirtschaftliche» Strategien arbeits-

teilig zu wählen. In diesem Sinn bin ich dann freilich der Überzeugung, dass wir heute ein erstes Stück unserer Vorstellungen auf dem Weg des wirtschaftlichen Befreiungskampfs rascher, unmittelbarer und nachhaltiger verwirklichen können, als uns dies mit den vertrauten politischen Mitteln je geglückt ist. Stichwort dazu: Das Entscheidende ist im klassisch-politischen Bereich stets die Mehrheit der Teilnehmenden; wer sie nicht erreicht oder wieder verliert, lebt von der Hand in den Mund – wohingegen im wirtschaftlichen Bereich bereits mit kleinsten Marktanteilen, also mit kleinsten Minderheiten von Konsumierenden Definitives errichtet und als Grundlage für den Ausbau der eigenen Position genutzt werden kann. Und gerade in der Verschränkung mit dieser «wirtschaftlichen» Strategie erhalten «politische» Aktionen mehr Gewicht und sind ihrerseits wichtige Beiträge zur Eroberung und Vergrösserung befreiter Marktgebiete.

Eine breitere oppositionelle Öffentlichkeit hat es bisher zwar nicht richtig wahrnehmen mögen; dessen ungeachtet bestehen bereits verschiedene Ansätze befreiter Marktgebiete. Ich denke an Nahrungsmittel aus biologischem Anbau; ich denke an Weidefleisch und Freiland Eier aus kontrollierter tier- und umweltfreundlicher Haltung; ich denke an Umweltschutzpapier, das diesem Namen auch gerecht wird – es liessen sich weitere Beispiele anfügen.

Die Bewirtschaftung befreiter Gebiete

Typisch für all diese Ansätze gemeinsamer Befreiung:

- Motor der Entwicklung sind Konsumierende, denen ihre eigene spezielle Nachfrage mehr bedeutet als bloss eine ir-

reführend so genannte Selbstbedienung aus prall gefüllten Regalen voller anonymer Waren.

- Basis der Entwicklung sind zur Veränderung bereite Produzierende, die für ihre qualitative spezielle Mehrleistung auf entsprechend höhere Preise und auf stabilen Absatz in speziellen Kanälen zählen dürfen.

- Garant der Entwicklung sind Organisationen, die über die Einhaltung der nach Kriterien definierten speziellen Erwartungen wachen und die entsprechenden Produkte mit einem Label (Kontroll-, Markenzeichen) auszeichnen.

Die Eroberung kleinster Marktnischen ist vergleichsweise einfach. Schwieriger sind Kontrolle und Verwaltung eines allmählich wachsenden, befreiten Marktgebietes. Die daraus Verdrängten werden nicht selten zu Trittbrettfahrern, die dem verehrten Publikum billige Nachahmungen anstelle des Verlangten andrehen und so versuchen, autonomisierte Marktbereiche wieder unter ihren Einfluss zu bringen. So hat beispielsweise die Konsumenten-Arbeitsgruppe für tier- und umweltfreundliche Nutztierhaltung (KAG) erst lernen müssen, die Bewirtschaftung des von ihr aufgebauten Freiland Eier- und Weidefleischmarktes ganz unter Kontrolle zu behalten und nicht bloss aufs Vertrauen unter möglicherweise Gleichgesinnten zu bauen. Während langer Zeit wurden ihre hierauf ausgerichteten Bestrebungen sogar von ihr nahestehenden Kreisen nicht recht verstanden, ja gar als «Kontrollier- und Vertragssucht» belächelt. Nach fünfzehnjähriger Aufbauarbeit und entsprechendem Erfolg bahnt sich inzwischen die Erkenntnis an, dass Hartnäckigkeit und Kompromisslosigkeit der KAG richtig sind. Anders wäre eine Situation steten

Wachstums ja auch nicht zu meistern; heute stammen schon bald einmal ein Prozent aller in der Schweiz verzehrten Eier von KAG-Vertragsproduzenten, vom bevorstehenden Terraingewinn beim Weidefleisch ganz zu schweigen.

Die Politisierung des Markts

In der Organisation spezieller Nachfragen und deren Verknüpfung mit den entsprechenden speziellen Angeboten auf befreiten, geschützten und entsprechend zuverlässigen Märkten steckt ein ungeheures Verdrängungspotential. Wir sollten es, frei kombiniert mit «takeover»-Strategien, noch vor der grossen Euro-Binnenmarkt-Flutwelle zu nutzen beginnen. Ein von mir im kommenden September erstmals durchgeführtes Seminar will dazu beitragen, dass wir die Chancen rechtzeitig wahrnehmen.

Vielleicht werden dann schon Mitte der neunziger Jahre sogenannte «Marktwirtschaftler» die «Polarisierung», ja die «Ideologisierung» des Marktes beklagen – untrügliches Zei-

chen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Noch vor Ende dieses Jahrtausends dürften dann erste grössere Erfolge im Verbund zielverwandter Labels und entsprechende Verstärkungen («Archipelisierung») der befreiten Gebiete möglich werden. Auf diese Weise könnte es beispielsweise gelingen, den Tierfabriken im Verdrängungswettbewerb europaweit immer grössere Absatzgebiete zu entreissen.

In den ersten Dezennien des nächsten Jahrhunderts dürfte die gesellschaftliche Eroberung und Befreiung spezieller Marktgebiete zu einem ganz normalen Vorgang geworden sein und die heute vorherrschende Tendenz zur Globalisierung und Uniformierung der Warenmärkte mehr und mehr unterlaufen. Immer vorausgesetzt, dass die oppositionellen Kräfte den engen klassisch-politischen Horizont ihres bisherigen Tuns überschreiten und das längst Erträumte nicht mehr nur normativ, durch immer wieder geforderte Beschlüsse, sondern auch praktisch, durch eigene autonome wirtschaftliche Eingriffe zu verwirklichen versuchen.

lassen, dass ein Mann aus der Wirtschaft, ein Bankdirektor, zum Vorsitzenden dieser traditionsreichen Partei gewählt wurde?», fragt der Leitartikel einer bürgerlichen Zeitung und demonstriert, welche Sorgen er sich um die Ideologie der österreichischen Sozialdemokratie macht.

«Ob denn das bürgerliche Lager nicht erkennt, dass Franz Vranitzky immer mehr auf die Positionen der Linken in seiner Partei Rücksicht nehmen muss und immer häufiger auf rein sozialistische Positionen einschwenkt?», fragt ein anderer Leitartikel fast zur gleichen Zeit in der gleichen Zeitung und macht sich Sorgen, wie blind doch das Bürgertum gegenüber dieser «Linksentwicklung» in der SPÖ ist.

Die Sozialdemokratie soll vor ihren eigenen Anhängern als Nachhut der Wende denunziert werden und gleichzeitig – wie in den vergangenen 99 Jahren – als Bürgerschreck dienen. Jawohl, die SPÖ hat nach dem Rücktritt von Fred Sinowatz mit grosser Geschlossenheit einen neuen Vorsitzenden gewählt, der vorher u. a. sehr erfolgreich in der Wirtschaft tätig war. Sie hat damit ihre Kompetenz im Bereich wirtschaftspolitischer Entscheidungen gefestigt und erhöht. Sie hat damit einen Parteivorsitzenden mit hervorragenden Umfragewerten und grossem Ansehen in der Öffentlichkeit.

Sie hat damit in reibungsloser Weise etwas hinter sich gebracht, was der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) vermutlich noch in sehr turbulenter Weise bevorsteht. Und sie hat aus allen diesen Gründen ihre Chancen, in den neunziger Jahren die stärkste Partei in Österreich zu bleiben, wesentlich erhöht.

Aber sie hat ihre Grundwerte nicht verändert, ihre Ideale nicht verraten und ihre Visio-

Die SPÖ geht ins zweite Jahrhundert

Grundwerte nicht verändern

Heinz Fischer über die Situation nach dem Parteitag

Nicht nur die Schweizer Sozialdemokraten feiern in den nächsten Monaten den 100. Geburtstag ihrer Partei: Auch die Österreicher stehen kurz vor dem gleichen Jubiläum. An ihrem letzten Parteitag stand so etwas wie eine Standortbestimmung für die nächste und übernächste Zu-

kunft auf der Traktandenliste. Dazu veröffentlichen wir einen Kommentar von Heinz Fischer, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ).

«Ob sich die Linken in der SPÖ wohl auf die Dauer gefallen